



Schleswig-Holstein  
Flensburg · Kiel · Lübeck

IHK Schleswig-Holstein | 24100 Kiel

Herrn  
Dr. Andreas Tietze  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Wirtschaftsausschuss  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 19/420**

## **Federführung Industrie, Umwelt und Rohstoffe**

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom  
06.10.2017

Ihr Ansprechpartner  
Dr. Martin Kruse

E-Mail  
kruse@kiel.ihk.de

Telefon  
(0431) 5194-297

Fax  
(0431) 5194-533

22.12.2017

## **Planungsverfahren für die Infrastruktur beschleunigen – Stellungnahme der IHK Schleswig-Holstein**

Sehr geehrte Herr Dr. Tietze,

als IHK Schleswig-Holstein nehmen wir die Möglichkeit, im Rahmen der Beratungen des Wirtschaftsausschusses zu dem Thema „Planungsverfahren für die Infrastruktur beschleunigen“ Stellung zu nehmen, gerne wahr. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich der schleswig-holsteinische Landtag des Themas Planungsbeschleunigung angenommen hat, denn die Infrastruktur ist das Fundament der Wirtschaft. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass das aktuelle Planungsrecht einer zügigen Umsetzung von Infrastrukturprojekten oft behindert hat.

Durch das erweiterte Klagerecht der Umweltverbände, welches am 27. April 2017 im Bundestag beschlossen wurde, besteht die Gefahr, dass Planungsverfahren noch umfassender als bisher durch die Umweltverbände beklagt werden. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Umsetzung von Infrastrukturprojekten durch Intervention der Umweltverbände erheblich verzögert und behindert werden kann. Nicht immer ging es dabei um sachlich begründete Einwände. Die dabei entstehenden Kosten sind ein erheblicher Wohlstandsverlust für die Volkswirtschaft. Um die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten zu erhöhen, sollte frühzeitig eine Mediation mit Betroffenen, Verbänden und NGOs durchgeführt werden, um schon zu Beginn der Planungsverfahren kritische Themen gemeinsam zu erörtern.

Eine vorgelagerte Mediation ist nach unserer Auffassung eine gute Möglichkeit, bereits im Vorwege von Planungsverfahren einen Ausgleich der Interessen zwischen allen Betroffenen, Verbänden und NGOs herzustellen.

Bei der möglichen Konzeption eines Beschleunigungsgesetzes sollte aber darauf geachtet werden, dass die Mediation in einem zeitlich klar definierten Rahmen stattzufinden hat. Auch sollten die dort gefundenen Kompromisse rechtlich verbindlich sein denn ansonsten besteht die Gefahr, dass eine vorgeschaltete Mediation die Planungsverfahren eher verlängert, statt diese zu verkürzen. Das eigentliche Ziel, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, würde verfehlt.

Eine weitere wichtige Voraussetzung um Planungsverfahren zu beschleunigen, ist die Aufstockung der Planungskapazitäten im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein. Nur mit ausreichenden personellen Kapazitäten kann eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gelingen.

Zur Schaffung von mehr Akzeptanz sollten alle verfügbaren Daten und Gutachten, die von den verschiedensten Akteuren zu den unterschiedlichsten Planungsverfahren gesammelt wurden, in digitaler Form frühzeitig öffentlich zugänglich gemacht werden. Damit können alle Beteiligten und Interessierten sich umfassend über die Planungen und Auswirkungen informieren und ihre Einwände bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Planungsprozess anbringen. Auch die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren sollten zukünftig für alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbände digital erfolgen.

Für bereits bestehende Infrastruktur, die lediglich einer Erneuerung bedarf, sollten stark vereinfachte Genehmigungsverfahren genutzt werden. Besonders bei maroder Verkehrsinfrastruktur, beispielsweise bei Brücken und Tunneln, muss es möglich sein, diese kurzfristig und ohne langwierige Planverfahren erneuern zu können.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist, vor allem in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich. Konkret sollte sich die Landesregierung daher auch bei der Bundesregierung für ein Investitionserleichterungs- und Infrastrukturbeschleunigungsgesetz einsetzen, um Planfeststellungs-, UVP- und BlmschG-Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Im Kern sollte dieses Gesetz die Verkürzung von Fristen und die Vereinfachung von Verfahrensregeln zum Ziel haben.

Auf europäischer Ebene sollte zudem darauf hingewirkt werden, dass planverlängernde Regelungen, wie die des europäischen Naturschutz- und Wasserrechtes und die Regelungen zur strategischen Umweltprüfung, hinterfragt werden. Dies gilt analog auch für die Regelungen der Aarhus-Konvention.

Abschließend weisen wir auf das Thesenpapier „Norddeutsche Infrastrukturprojekte beschleunigen - von Dänemark und den Niederlanden lernen?“ der IHK Nord hin, das wir dieser Stellungnahme zu Ihrer Information beifügen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Martin Kruse

Anlage

## **NORDDEUTSCHE INFRASTRUKTURPROJEKTE BESCHLEUNIGEN VON DÄNEMARK UND DEN NIEDERLANDEN LERNEN? THESENPAPIER DER IHK NORD**

### **1. HINTERGRUND**

Wichtige Infrastrukturvorhaben kommen aus Sicht der norddeutschen Wirtschaft nicht schnell genug voran. Prominente Beispiele im Rahmen der Bundesverkehrswege sind in jüngster Zeit die Ausbauprojekte an der Unter- und Außenweser sowie an der Unter- und Außenelbe. Im Anhang hat die IHK Nord eine Liste von Vorhaben zusammengestellt, die derzeit oder bis vor Kurzem beklagt wurden, oder bei denen eine Klage angedroht ist.

Die lange Dauer bis zur Umsetzung von Infrastrukturprojekten in Deutschland lässt sich zum einen mit den umfangreichen und komplexen Planverfahren erklären. Sie erfordern regelmäßig einen hohen Abstimmungsaufwand innerhalb der Verwaltung und mit externen Stellen. Vom Beginn der Planungen eines Vorhabens bis zum Planfeststellungsentwurf vergehen oft vier bis sechs Jahre.

Zum anderen strengen häufig Umweltverbände Klageverfahren mit unkalkulierbarer Dauer vor den Verwaltungsgerichten gegen die Planfeststellungsbeschlüsse an. So wurde zum Beispiel im April 2012 der Planfeststellungsbeschluss für die Fahrrinnenanpassung Elbe erlassen. Im Juli 2012 klagten dann die Umweltverbände. Erst im Februar 2017 wurde vom Bundesverwaltungsgericht das Urteil gesprochen.

Mit Blick auf die Beschleunigung der Planungsverfahren und -abläufe haben bereits diverse von der Politik eingesetzte Kommissionen in Zusammenarbeit mit den Verbänden Vorschläge erarbeitet. Zu nennen sind hier vor allem die Lösungsansätze der "Reformkommission Bau von Großprojekten" und das hieran anknüpfende "Innovationsforum Planungsbeschleunigung" beim Bundesverkehrsministerium. Was die verwaltungsinternen Planverfahren betrifft, haben wir insoweit in Deutschland kein Erkenntnisdefizit, sondern vielmehr Probleme mit der Umsetzung.

Hinsichtlich der Klageverfahren zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Hier hat der deutsche Gesetzgeber nur einen eingeschränkten Gestaltungsspielraum, da er sich an EU-Vorgaben halten muss. So geht die Umweltverbandsklage auf Artikel 9 der Aarhus-Konvention der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) zurück. Sie wurde 1998 unterzeichnet und trat 2001 in Kraft. Die EU hat 2003 zur Umsetzung von Artikel 9 eine Richtlinie erlassen (RL 2003/35/EG). Deutschland verankerte diese Vorgaben wiederum 2006 im Umweltrechtsbehelfsgesetz.

Aufgrund des EU-Rechts und der Aarhus-Konvention ist die oft geforderte Abschaffung der Umweltverbandsklage realistisch gesehen kaum möglich. Hier müsste schon die Konvention

geändert werden oder Deutschland gemäß Artikel 21 von dem Übereinkommen zurücktreten. Selbst dann wäre immer noch die entsprechende EU-Richtlinie maßgeblich.

## 2. BESCHLEUNIGUNGSGESETZE IN DEUTSCHLAND UND DEN NIEDERLANDEN

Mit dem „Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben“, ebenfalls wie das Umweltrechtsbehelfsgesetz aus dem Jahr 2006, ist unter anderem das Bundesverwaltungsgericht in erster und letzter Instanz für eine festgelegte Liste von Verkehrsinfrastrukturprojekten zuständig. Der Gesetzgeber erhoffte sich damit eine deutliche Verkürzung der Verfahren.

Bei der Fahrinnenanpassung für die Elbe erfolgte der Urteilsspruch aus Leipzig aber erst knapp fünf Jahre später. Von einer echten Beschleunigung kann deshalb nicht die Rede sein. Als Grund für die langen Klageverfahren bei Infrastrukturprojekten in Deutschland werden regelmäßig die EU-Umweltvorschriften sowie die im europäischen Recht verankerte Verbandsklage genannt.

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Niederlande 2010 ebenfalls ein Gesetz zur Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben eingeführt, das sogenannte *Crisis en Herstelwet*. Damit sollten auch die Klageverfahren für bestimmte Infrastrukturvorhaben gestrafft werden. Bei den im Gesetz genannten Projekten handelt es sich um Maßnahmen wie die Erweiterung industrieller Standorte, der Neu- und Ausbau großflächiger Windparks oder zentraler Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Eisenbahnen, Flughäfen, Wasserstraßen, Brückenbauwerke).

Im *Crisis en Herstelwet* sind die Verwaltungsgerichte in Artikel 1.6 (4) angehalten, bei Einwendungen gegen ein Projekt innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden. Das Gesetz verletzt dabei weder die Aarhus-Konvention noch die einschlägigen EU-Vorgaben. Dies hat zumindest die niederländische Rechtsprechung in mehreren Urteilen bestätigt.

In den Niederlanden wird derzeit das gesamte Planungs- und Umweltrecht überarbeitet und besser miteinander verzahnt. Das ist das erklärte Ziel der Politik. Bis dahin wird auch das Beschleunigungsgesetz (*Crisis en Herstelwet*) aufgrund der guten Erfahrungen in Kraft bleiben. Ursprünglich war das Gesetz nur für einen begrenzten Zeitraum von vier Jahren gedacht. Es wurde aber auf unbestimmte Zeit verlängert, bis das neue Planungs- und Umweltrecht greift.

## 3. URTEIL DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS ZUR MATERIELLEN PRÄKLUSION

Das deutsche Umweltrecht sah sowohl im Umweltrechtsbehelfsgesetz als auch im Verwaltungsverfahrensgesetz sogenannte Präklusionsregelungen vor. Danach ist ein Kläger (Umweltverband) im Gerichtsverfahren mit allen Einwendungen ausgeschlossen, wenn er sie nicht oder nicht rechtzeitig geltend macht, er dies aber hätte tun können.

Die materielle Präklusion hat das Ziel, die Rechtssicherheit für Planungsbehörden und Vorhabenträger zu stärken. Es soll früh erkennbar sein, welche Bedenken gegen ein Projekt bestehen. Die Behörden können rechtzeitig alle Einwendungen mit in die Planungen einbeziehen. Dies soll ein effizientes Verwaltungsverfahren garantieren.

Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil (EuGH vom 15.10.2015, Kommission/ Deutschland - Rs. C-137/14) erklärt, dass die materielle Präklusion unvereinbar mit dem EU-Umweltrecht sei. Dabei verstoße sie sowohl gegen die Richtlinie 2011/92 über die Umweltverträglichkeitsprüfung als auch gegen die Richtlinie 2010/75 über Industrieemissionen.

Das Urteil erntet in der Fachwelt erhebliche Kritik: Zum einen berücksichtige der EuGH in seiner Entscheidung fast gar nicht die Gründe für das Rechtsinstitut. Zum anderen sei die materielle Präklusion Teil der Verwaltungsverfahren der EU-Staaten. Hier dürfe der Gerichtshof nur begrenzt reinregieren, wenn die Mindestanforderungen der Äquivalenz und der Effektivität unterschritten würden. Dies hätte in der Konsequenz aber maximal zu kleinen Korrekturen mit Blick auf die Einwendungsfristen geführt. Das Urteil stellt die materielle Präklusion aber gänzlich infrage.

Kritik an dem EuGH-Urteil wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten geübt. Deshalb sollte die EU-Gesetzgebung überarbeitet und angepasst werden, um den Gerichtshof in dieser Frage zu korrigieren.

#### 4. BAUGESetze IN DÄNEMARK ALS ALTERNATIVE ZUR DEUTSCHEN PLANFESTSTELLUNG

Im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung beschließt der Bundestag die jeweiligen Infrastruktur-Ausbaugesetze mitsamt den dazugehörigen Bedarfsplänen. Damit besteht für die Verwaltung ein uneingeschränkter Planungsauftrag. Der am Ende von der Planungsbehörde erlassene Planfeststellungsbeschluss kann dann auch von den Umweltverbänden beklagt werden.

Während hierzulande die Genehmigung von Infrastrukturvorhaben durch ein Verwaltungsverfahren erfolgt, werden sie in Dänemark durch Baugesetze legitimiert. Sie sind das Pendant zum deutschen Planfeststellungsbeschluss und werden vom dänischen Parlament gebilligt. Zwar besteht die Möglichkeit, dagegen gerichtlich Einspruch zu erheben: Eine Klage darf sich dabei aber nicht auf den materiellen Inhalt des Gesetzes beziehen, sondern muss vielmehr die Verfassungskonformität des Baugesetzes per se infrage stellen.

Aufgrund dieser großen Hürden sind die Klagemöglichkeiten in Dänemark sehr begrenzt und kommen deshalb kaum vor. Bis heute gab es keine erfolgreichen Einwendungen gegen dänische Baugesetze, die vom Parlament beschlossen wurden. Auch diese Praxis in Dänemark ist mit dem EU-Recht und der Aarhus-Konvention vereinbar.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass mit dem Beschluss des dänischen Parlaments auch die Finanzierung des Projekts sichergestellt ist. In Deutschland wird für den Bundesfernstraßenbau im Rahmen der Entwurfsplanungen der Länder dagegen noch der sogenannte Gesehen-Vermerk vom Bund benötigt. Dieser enthält dann auch die grundsätzliche Finanzierungszusage. Das Verfahren des Gesehen-Vermerks kann aber bis zu zwei Jahre in Anspruch nehmen.

## 5. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Deutschland könnte von den niederländischen Erfahrungen des *Crisis en Herstelwet* sowie von den dänischen Baugesetzen lernen und das nationale Recht anpassen, ohne EU-Vorschriften oder die Aarhus-Konvention zu verletzen.

Mit Blick hierauf fordert die IHK Nord,

- ein neues Infrastrukturbeschleunigungsgesetz nach der Bundestagswahl im Koalitionsvertrag zu verankern und in der nächsten Legislatur auf den Weg zu bringen.
- für eine zusätzliche Zahl von Projekten den gerichtlichen Instanzenweg zu verkürzen.
- gesetzlich festzulegen, dass Verwaltungsgerichte bei Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse innerhalb einer bestimmten Frist (Niederlande: 6 Monate) zu einem Urteil kommen.
- als Alternative zur deutschen Planfeststellung die Einführung von Baugesetzen wie in Dänemark zu prüfen.
- die materielle Präklusion durch die EU-Gesetzgebung neu zu regeln - die Bundesregierung muss hier in Brüssel initiativ werden.
- die Vorschläge der "Reformkommission Bau von Großprojekten" und des "Innovationsforums Planungsbeschleunigung" umzusetzen.
- die übliche Praxis des "Gesehen-Vermerks" abzuschaffen.

Die IHK Nord ist der Zusammenschluss zwölf norddeutscher Industrie- und Handelskammern. Arbeitsschwerpunkte sind die Maritime Wirtschaft mit Schwerpunkt Infrastruktur und Seeverkehr, die Energie- und Industriepolitik, der Tourismus, die Ernährungswirtschaft und die Außenwirtschaft. [www.ihk-nord.de](http://www.ihk-nord.de)

### KONTAKT:

Dr. Ullrich Hautau  
Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven  
E-Mail: [hautau@handelskammer-bremen.de](mailto:hautau@handelskammer-bremen.de)

## ANHANG: IHK NORD-LISTE BEKLAGTER INFRASTRUKTURPROJEKTE

### Bundeswasserstraßen:

1. Fahrrinne Unter- und Außenelbe - Klage von NABU, BUND und WWF
2. Fahrrinne Unter- und Außenweser - Klage von BUND
3. Fahrrinne Außenems - Klage angedroht

### Bundesfernstraßen:

1. A20 Küstenautobahn - BUND-Klage gegen Elbtunnel vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen, Klagen gegen weitere Bauabschnitte erwartet
2. A26 West - Neubau von Stade (A20) bis Hamburg (A7) hier: Bauabschnitt 4, Klage vom NABU nicht ausgeschlossen
3. A26 Ost - NABU hat Klage gegen das Projekt angekündigt
4. A39 Lüneburg-Wolfsburg - Klage angedroht
5. B3 Ortsumfahrung Celle - Klage von BUND
6. B74 Ortsumfahrung Ritterhude - Klage angedroht
7. B96n Rügen - wurde beklagt von BUND und NABU, später aber zurückgezogen
8. B210n Ortsumfahrung Aurich - Klage angedroht
9. B212n Harmenhausen - Landesgrenze Niedersachsen/Bremen - Klage angedroht

### Bundesschienenwege:

1. Hinterlandanbindung Fehmarnbeltquerung - Klage angedroht
2. Alpha E - Klage angedroht

### Sonstige Projekte (außerhalb Bundesverkehrswegeplanung):

1. Tunnel Fehmarnbeltquerung - Klage angedroht
2. Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) - Klage von BUND
3. Hafenplanungsverordnung Altenwerder West - Klage von BUND und NABU

(Stand: Oktober 2017)

Die IHK Nord ist der Zusammenschluss zwölf norddeutscher Industrie- und Handelskammern. Arbeitsschwerpunkte sind die Maritime Wirtschaft mit Schwerpunkt Infrastruktur und Seeverkehr, die Energie- und Industriepolitik, der Tourismus, die Ernährungswirtschaft und die Außenwirtschaft. [www.ihk-nord.de](http://www.ihk-nord.de)